

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 03.04.2022)

**Titel:** **Krieg kennt keine Gewinner\*innen: Unsere Antwort heißt Solidarität!**

---

## Antragstext

1 Bereits 2014 begann Putin in der Ukraine mit der völkerrechtswidrigen Annexion  
2 der Krim durch russische Separatisten, die vom Kreml unterstützt werden, einen  
3 Krieg der tausenden Menschen das Leben kostete.  
4 Doch die neue Stufe des Krieges, der in aller Härte gegen die Zivilbevölkerung  
5 eines souveränen Staates vorgeht, schockt uns und  
6 macht uns zutiefst betroffen. Wir verurteilen den Krieg Putins gegen die Ukraine  
7 und gegen alle, die unter ihm Leid erfahren. Dieser Bruch des Völkerrechts muss  
8 beendet werden!

9 Zudem begreifen wir ihn im weiteren Sinne als einen Krieg gegen die  
10 Menschenrechte, gegen die Chance auf eine stabile europäische Friedensordnung  
11 und gegen die Werte von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit! Denn das Leid der  
12 Menschen in der Ukraine und der Mut der unter härtesten Repressionen  
13 demonstrierenden Menschen in Russland zeigt, dass wir all jenes nicht als  
14 selbstverständlich betrachten dürfen. Und dafür müssen wir auch vor Ort laut  
15 werden!

16 Wir müssen in ganz NRW solidarisch sein, wir können Zeichen setzen, die auch bei  
17 Putin ankommen. Indem wir Demos organisieren, unsere Unterstützung öffentlich  
18 ausdrücken und eine klare Sprache gegen Putin nutzen. Vor allem aber können wir  
19 Solidarität praktisch machen, indem wir zusammenstehen und ALLE Geflüchteten aus  
20 der Ukraine aufnehmen. Indem wir die Menschen, die aus dem Krieg fliehen  
21 willkommen heißen und gut versorgen.

22 Es ist unsere solidarische und humanitäre Pflicht auch wirklich alle in der EU  
23 aufzunehmen, dabei dürfen wir uns nicht vom Rassismus leiten lassen. Lasst uns  
24 staatliche Strukturen nutzen und verbessern und dabei die große Kraft der  
25 solidarischen und starken Zivilgesellschaft mitnehmen. Und ja das sollte nicht  
26 nur jetzt gelten und das sollte nicht nur für Ukrainer\*innen gelten. Und auch  
27 wenn der Einsatz der Zivilgesellschaft schon beeindruckend ist, gibt es für eine  
28 gute Aufnahme in NRW noch einiges zu tun und zu ändern.

## 29 **NRW hat Platz!**

30 Wir fordern daher eine klare Strategie der Landesregierung ein, die für die  
31 Solidarität und Hilfsbereitschaft der Menschen einen konkreten politischen  
32 Rahmen gestaltet. Dieser setzt die Erkenntnis voraus, dass der Rückbau von  
33 Kapazitäten in Unterkünften und Verwaltungen durch die derzeitige  
34 Landesregierung der falsche Weg war. Die Sozialämter sind überlastet und können  
35 vielen hilfesuchenden Menschen nicht die Hilfe geben, die sie dringend  
36 benötigen. Entsprechend fordern wir, dass die Kreise und Kommunen vom Land  
37 finanziell unterstützt werden, um die notwendigen Ressourcen schnell und gezielt  
38 aufbauen zu können. Dazu muss sich NRW im Bundesrat dafür einsetzen, dass der  
39 Bund die Kosten für die Unterkunft über die bisher erstattungsfähigen 69% der  
40 Gesamtkosten übernimmt. Um angesichts der ungewissen Notlage angemessen  
41 reagieren zu können, fordern wir zudem, dass die Landeskazitäten flexibel  
42 erweitert werden können und nicht an einer Politik der Obergrenze pauschal  
43 gedeckelt werden.

## 44 **Solidarität bedeutet gute Versorgung vor Ort**

45 Es ist super, dass sich die Geflüchteten aus der Ukraine frei bewegen können.  
46 Aber wirkliche Aufnahme heißt, dass wir für alle eine gute Versorgung und echte  
47 Teilhabe gewährleisten. Die Menschen fliehen vor Krieg, haben oftmals alles  
48 verloren und sind häufig traumatisiert.

49 Wir müssen den Menschen die zu uns kommen, alles ermöglichen, was es für ein  
50 gutes Leben braucht. Deshalb fordern wir für alle:

- 51 • Eine schnelle dezentrale Wohnunterbringung.
  
- 52 • Eine schnelle Eingliederung in Schule, Kitas, den Arbeitsmarkt und soziale  
53 Unterstützungssysteme. Dafür muss das Land seine Mittel "Hilfen zur  
54 Gesundheit" und "Pflege" erhöhen und neue Begebenheiten auch in der  
55 Ausfinanzierung des KiBiz (Kinderbildungsgesetz) berücksichtigen!

- 56
- Ausreichende psychologische Beratung und Betreuung

57 **Eine humaner Umgang mit allen Geflüchteten**

58 Diese gute Versorgung und Strategie muss für ALLE gelten.  
59 An der Grenze werden beispielsweise Schwarze Studierende aus der Ukraine  
60 schlechter behandelt, wir müssen diesem offenem Rassismus entgegentreten.  
61 Genauso selbstverständlich müssen unsere Türen auch für Russ\*innen geöffnet  
62 sein, die von Putins Schreckensherrschaft fliehen. Und wir müssen auch einen  
63 besonderen Blick auf marginalisierte Gruppen haben, so sind es beispielsweise  
64 queere Menschen, die sowohl in der Ukraine, als auch in Russland unter dem Krieg  
65 und der Situation besonders leiden. Auch Behinderte Menschen haben es schwerer  
66 auf und nach der Flucht - z.B. weil Unterkünfte nicht barrierefrei sind.  
67 Deswegen braucht es sichere Fluchtwege für alle und gleichberechtigte  
68 Bedingungen nach Ankunft in Nordrhein-Westfalen. Behinderte Menschen haben es  
69 schwerer auf und nach der Flucht - z.B. weil Unterkünfte nicht barrierefrei  
70 sind. Es braucht inklusive Fluchtwege und gleichberechtigte Bedingungen nach  
71 Ankunft der Geflüchteten in Deutschland. Zuletzt darf die Unterbringung der  
72 neuen Geflüchteten auch keinesfalls zur schlechteren Behandlung von denen  
73 führen, die bereits in NRW Schutz gefunden haben.

74 Wir sehen eine Debatte, die Geflüchtete in gut/schlecht und echt/unecht  
75 unterteilt. Wir treten dieser Zwei-Klassen Behandlung als GJ NRW entschlossen  
76 entgegen. Eine gute Versorgung und eine unkomplizierte Aufnahme muss für alle  
77 die von Krieg und Unrecht fliehen, gewährleistet werden. Wir fordern deswegen  
78 schon lange von der Landesregierung ein groß angelegtes Landesaufnahmeprogramm  
79 für Geflüchtete und eine gute Versorgung und Betreuung. Unsere Solidarität gilt  
80 den Ukrainer\*innen, den Oppositionellen in Russland und allen Menschen, die vor  
81 Krieg und Terror fliehen!

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 03.04.2022)

**Titel:** Profite pflegen keine Menschen!

## Antragstext

1 Die Pandemie hat noch mal deutlich gezeigt: Unser Gesundheitssystem hat ein  
2 Problem. Pflegekräfte schieben andauernd Überstunden, Operationen müssen  
3 verschoben werden, Patien\*innen können kaum mitbestimmen und an einen  
4 Psychotherapieplatz zu kommen ist fast unmöglich. Gleichzeitig fahren Helios und  
5 Co. Millionengewinne ein.

6 Durch die schrittweise Privatisierung von Krankenhäusern, die Einführung des  
7 Fallpauschalensystems und den immer schlechteren Pflegeschlüssel wurde es für  
8 private Krankenhausbetreiber immer leichter, Profite auf Kosten unserer  
9 Gesundheit zu machen. Aber Profite pflegen keine Menschen - deshalb braucht es  
10 im Gesundheitssektor eine entschiedene Abkehr von jeder Profitlogik!

## 11 Bedarfsgerecht statt pauschal

12 Seit den 90er Jahren wurde in Deutschland Klinik nach Klinik aus der  
13 öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft übertragen. Hintergrund ist nicht bloß  
14 eine neoliberale Logik, nach der das Gesundheitswesen angeblich besser und  
15 effizienter funktioniert, wenn es durch Marktmechanismen bestimmt wird. Zur  
16 Wahrheit gehört auch, dass vielen Kommunen keine andere Wahl blieb, als  
17 Wohnraum, Grünfläche und eben auch Kliniken dem Verkauf freizugeben. So konnten  
18 leere Kassen kurzfristig gefüllt und dem Bankrott entkommen werden.

19 Langfristig hat die Privatisierung allerdings fatale Folgen. Die Gesundheit der  
20 Bevölkerung wird als Ware auf dem freien Markt gehandelt, mit ihr machen die

21 Anteilseigner\*innen großer Klinikkonzerne tagtäglich Profite. Es werden die  
22 Leistungen angeboten, die sich rentieren. Es werden nur genauso viele  
23 Pflegekräfte eingestellt, wie es zwingend benötigt - oder sogar noch weniger.  
24 Uns ist klar: Mit diesem System muss Schluss sein. Gesundheit ist  
25 Daseinsvorsorge!

26 2004 erreichte die Idee der Gesundheit als Ware mit der Einführung des  
27 Fallpauschalensystems ihren traurigen Höhepunkt. Seitdem werden nicht mehr die  
28 laufenden Kosten der Krankenhäuser gedeckt, sondern pro Fall ein Pauschalbetrag  
29 ausgezahlt. Gut planbare, teure Eingriffe (wie Hüftoperationen) sind dadurch  
30 lukrativer als die Bereithaltung von selten gebrauchten Intensivbetten und  
31 Intensivpfleger\*innen. Eine Orientierung nach tatsächlichen Bedarfen ist mit  
32 diesem System schlicht nicht möglich.

### 33 **Solidarisch an der Seite von Notruf NRW - Für Pflegekraft und Patient\*in!**

34 Um den Profit der Klinikkonzerne so hoch wie möglich zu halten, wird also  
35 gespart, wo auch immer es möglich ist. So sind immer weniger Pflegende für immer  
36 mehr Patient\*innen zuständig. Die Folgen sind Überlastung, Ausfälle und  
37 schlechte Versorgung. Wem die viel zu geringe Bezahlung noch nicht zum Ausstieg  
38 aus dem Pflegeberuf gebracht hat, der\*die wird spätestens durch die gravierende  
39 Unterbesetzung zum Ausstieg getrieben.

40 Vielen Pflegenden macht ihr Beruf zwar grundsätzlich Spaß. Aber allein auf das  
41 gute Herz der Pflegekräfte und auf leeren Applaus zu setzen ist fatal und führt  
42 mittelfristig zum Zusammenbruch des Systems. Es fängt schon in der Ausbildung  
43 an. Wir brauchen bessere Ausbildungsbedingungen, die auch das Patient\*innenwohl  
44 und zum Beispiel Diskriminierungen in die Lehrpläne der Pflegeberufe  
45 mitaufnimmt. Außerdem braucht es viel bessere Arbeitsbedingungen inklusive  
46 progressivem Pflegeschlüssel, einer Aufwertung des Pflegeberufes in der  
47 Ausbildung und einem spürbar höheren Lohn.

48 Wir stehen deshalb solidarisch an der Seite aller Streikenden der Kampagne  
49 "Notruf NRW", die gerade in 6 Unikliniken im ganzen Land Druck macht. Die  
50 Beschäftigten stehen laut ein für eine echte Entlastung, mehr Personal und eine  
51 bessere Ausbildungsqualität - wir kämpfen an ihrer Seite und schließen uns ihren  
52 Forderungen an! Diese Veränderungen würden direkte Verbesserungen für viele  
53 Beschäftigte und Patient\*innen im Gesundheitssektor bringen.

### 54 **Wieder selbst entscheiden**

55 Gleichzeitig ist uns schmerzlich bewusst, dass die hohe Belastung der

56 Beschäftigten Folge eines systemischen Problems ist, dass auch nur systemisch  
57 angegangen werden kann. Die Frage, welche Versorgung vor Ort tatsächlich  
58 gebraucht wird, kommt in der Profitlogik großer Klinikkonzerne nicht vor. Das  
59 hat fatale Folgen. Die gesundheitliche Versorgung auf dem Land ist oft  
60 unterirdisch, an manchen Orten fährt man bis zum nächsten Kreißaal viel zu  
61 lange und auch bei der Psychotherapie sind die Bedarfe bei weitem nicht gedeckt.  
62 Die neuen Pläne zur Krankenhausreform der Landesregierung könnten dieses Problem  
63 noch verstärken.

64 Um die Versorgung wieder an dem zu orientieren, was tatsächlich gebraucht wird,  
65 braucht es kein zögerliches Gegensteuern. Nur eine Abkehr von der Profitlogik  
66 kann die gravierenden Probleme tatsächlich lösen. Dazu müssen Kliniken zurück in  
67 die kommunale Hand überführt und auskömmlich finanziert werden. Die Kommunen und  
68 Städte können als kleinste Einheit am besten darüber entscheiden, was vor Ort  
69 gebraucht wird. Eine Stadtgesellschaft könnte sich über die Zustände der  
70 örtlichen Gesundheitsversorgung austauschen und gemeinsam an sinnvollen Lösungen  
71 arbeiten. Die Frage, was vor Ort tatsächlich gebraucht wird, könnte ins Zentrum  
72 der Entscheidung rücken. Davon hätten wir alle etwas - gestalten wir das  
73 Gesundheitssystem neu, rücken wir Patient\*innen und Pflegekräfte in den  
74 Mittelpunkt!

75 Wir fordern:

- 76 • Eine Abschaffung des Fallpauschalensystems
- 77 • Eine deutliche Senkung des Pflegeschlüssels
- 78 • Eine sofortige Erhöhung des Einstiegsgehalts in der Pflege auf 4000 €  
79 brutto
- 80 • Auskömmliche Finanzierung kommunaler Krankenhäuser
- 81 • Langfristig die vollständige Rekommunalisierung aller Kliniken in NRW

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 03.04.2022)

**Titel:** Awareness

## Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND NRW ist ein Ort, an dem wir gemeinsam Politik machen. In einem  
2 Jugendverband wie unserem gibt es auch Streit, Probleme und auch hier erleben  
3 Menschen Diskriminierung. Schlicht weil wir auch hier keine perfekte Utopie  
4 leben können und Teil dieser Gesellschaft sind. Aber wir sind alle dafür  
5 verantwortlich, dass sich jeder Mensch in der GJ NRW wohlfühlt und eine gute  
6 Zeit hat.

7  
8 Auf unseren jetzigen Landesmitgliederversammlungen haben wir dafür Awareness-  
9 Personen, die ansprechbar bei akuten Problemen sind und mit einem ruhigen Raum  
10 und einem ersten Gespräch versuchen zu helfen. Sie leiten weiter an  
11 Ombudspersonen, an die Notfallseelsorge oder wenn nötig an das  
12 Landesschiedsgericht. Awareness-Personen sind deswegen sehr wichtig für unseren  
13 Verband. Aber vieles können und sollen Awareness-Personen nicht leisten.  
14 Awareness-Personen sind keine ausgebildeten Seelsorger\*innen oder  
15 Psycholog\*innen und sind deshalb von triggernden und überfordernden Erfahrungen  
16 soweit es möglich ist zu schützen.

17  
18 Das bedeutet auch, dass in Gesprächen mit Betroffenen zuvor von beiden Seiten  
19 Grenzen gesetzt werden. Das heißt: Auch Awareness-Personen machen zu Beginn  
20 klar, über welche Themen sie nicht sprechen. Dies wird vor Veranstaltungen der  
21 Grünen Jugend NRW klar formuliert. Ebenso sollte klar kommuniziert werden: Das  
22 Awareness-Team ist für bestimmte Themen allgemein nicht zuständig. Hier wird auf  
23 professionelle Beratungen hingewiesen. Darunter fallen auch Angebote der GRÜNEN.  
24 So haben z.B. die GRÜNEN NRW Ombudspersonen, an die sich Personen insbesondere  
25 bei Gewalt wenden können. Diese - und eigene Angebote - bewerben wir aktiv auf  
26 der Homepage und in Rundmails wie der Monats-Mail.

27  
28 Deswegen führen wir in der GRÜNEN JUGEND NRW einen Awarenesspool ein. Dieser  
29 Pool besteht aus genügend transparent ausgewählten Menschen, die ehrenamtlich  
30 Veranstaltungen des Landesverbandes begleiten. Die Menschen aus dem  
31 Awarenesspool sind nicht verpflichtet, auf den Veranstaltungen als Awareness-  
32 Personen aufzutreten, sondern werden angefragt und können zu- oder absagen. Das  
33 ist insbesondere wichtig, um auf die mentale Gesundheit der Awareness-Personen  
34 zu achten.

35

36 Alle Menschen im Awareness-Pool bekommen speziell an ihre Aufgaben angepasste  
37 Schulungen. Dabei geht es darum: Die Awareness-Personen sollen wissen, welche  
38 Aufgaben sie in der Grünen Jugend NRW übernehmen sollen. Worauf sie als  
39 Awareness-Personen achten müssen. Wie sie Teilnehmer\*innen bei Veranstaltungen  
40 helfen können. Wo ihre persönlichen Grenzen sind. Mindestens die Hälfte der  
41 Awareness-Personen im Pool und auf den Veranstaltungen besteht aus FINTA\*  
42 (Frauen, inter\*, nicht-binäre, trans\*, agender) Personen.

## **Begründung**

Was meinen wir mit **Awareness**? Unser Wortschatz und wie wir ihn verwenden enthält z.B. ableistische Formulierungen. Den meisten von uns fällt das gar nicht auf.

Wir werden alle ableistisch sozialisiert. Wir haben also alle ableistische Denkmuster und Verhaltensweisen verinnerlicht. Das fällt uns oft aber erst auf, wenn wir mit der Nase drauf gestoßen werden (/rw). Ähnlich ist es mit anderen Diskriminierungsformen.

Deswegen brauchen wir Weiterbildung und Sensibilisierung.

Personen sollen in Veranstaltungen (wie Workshops) direkt und ohne Hürden um Hilfe bitten können. Wir brauchen aber auch abseits der Landesmitgliederversammlungen die Awareness-Gruppe.

Kontaktmöglichkeiten können Betroffenen helfen.

Wenn wir Ableismus erkennen und benennen können, sind wir in der Lage dagegen vorzugehen und unseren Landesverband nach vorne zu bringen. Dann gewinnen wir motivierte Mitkämpfer\*innen für mehr Gerechtigkeit, die momentan durch Barrieren und Diskriminierung ausgebremst werden.

Wie eine dauerhafte Awareness-Gruppe funktionieren kann, zeigt uns Brandenburg. Dort wird die Awareness-Gruppe in der Satzung festgeschrieben. So gibt es z.B. einen anonymen Kummerkasten auf der Homepage. Das Awareness-Team hat eine eigene E-Mail-Adresse.

Bei der letzten Landesmitgliederversammlung stand das Thema **Antirassismus** im Mittelpunkt. In verschiedenen Workshops wurde aufgeklärt und sensibilisiert. Mit Anträgen haben wir Forderungen aufgestellt, um Rassismus wirksam und standhaft entgegen zu stehen.

Aber was ist mit erlebtem Rassismus innerhalb unseres Verbandes? Wir bezeichnen uns oft und gerne als offen und links. Wir fordern entschiedenes Vorgehen gegen Diskriminierung und Rassismus bei den Grünen, in NRW und im ganzen Bundesland. Aber in unseren eigenen Reihen geben wir Betroffenen bisher zu wenig Unterstützung. Wir wissen nicht einmal, ob, in welchem Maße und wo Diskriminierung auftritt. Das ist ein Manko (/rw).

Wir verurteilen Seehofers Aussage, es gebe keinen Rassismus in der Polizei - gleichzeitig führen wir selber keine Statistik. Wir müssen Diskriminierung endlich festhalten. Wir müssen die **Statistik** auswerten. Wir müssen Betroffenen zuhören, anonyme Meldungen ermöglichen, sie ernst nehmen und unterstützen. Das ist grüne Politik. Das ist Grüne Jugend.

## Erklärungen:

**FINTA\*** steht für Frauen, inter\*, nicht-binäre, trans\* und agender Personen. Das Sternchen steht für weitere Menschen, die aufgrund ihres Geschlechtes Diskriminierung erfahren.

**Ableismus** bezeichnet die Diskriminierung Behinderter, chronisch / psychisch kranker und oder neurodivergenter Menschen.

**"Neurodivergent"** wird unterschiedlich definiert.

Unter alle Definitionen fallen Autist\*innen, Menschen mit ADHS, Dyslexie (Lese-Rechtschreib-Störung). Bei manchen fallen auch Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen oder hochbegabte & hochsensible Menschen. Neurodivergent sagt aus, dass das Denken und Fühlen von der gesellschaftlich als "Norm" angesehenen Weise abweichen.

**Klassismus** bezeichnet die Diskriminierung aufgrund von sozialer Herkunft. Davon betroffen sind z.B. arme, nicht arbeitende und von staatlichen Leistungen lebende Personen.

**LGBTQIANP+** ist eine inklusive Schreibweise, um möglichst viele Gruppen der queeren Community sichtbar zu machen. Wofür steht LGBTQIANP+?

- L = lesbisch
- G = gay. "Gay" steht im Englischen für homo\*. In diesem Fall für schwul. In deutsch-sprachigen Kontexten wird oft ein S für schwul verwendet. Es heißt dann: LSBTQIANP+. Gemeint ist die gleiche Gruppe.

- B = bi\*
- T = trans\*, Two-Spirit
- Q = queer, questioning
- I = inter\*
- A = asexuelles & aromantisches Spektrum, agender
- N = nicht-binär
- P = pan\*, poly\*

Ihr merkt also: Ein Buchstabe kann für mehr als eine Gruppe stehen. Das "\*" ist ein Platzhalter für mögliche Endungen. Bei "bi\*" kann das z.B. biromantisch, bisexuell oder auch bigender sein. Bei "trans\*" z.B. transgeschlechtlich oder transgender. Das hängt von der Selbstbezeichnung der jeweiligen Person ab. Damit auch sprachlich alle gemeint sind, ist es wichtig mit einem "\*" auch alle abzubilden.

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 03.04.2022)

**Titel:** Mentale Gesundheit ernst nehmen!

## Antragstext

### 1 Mentale Gesundheit in der Schule

2 Mentale Gesundheit – was ist das eigentlich? Psychisches Wohlbefinden meint  
3 nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, sondern auch einen Zustand, indem das  
4 eigene Potential verwirklicht und angemessen mit Belastungen umgegangen werden  
5 kann und stellt somit die Grundlage für ein zufriedenes Leben dar. Dass dieses  
6 Thema kaum oder gar nicht in Bildungseinrichtungen thematisiert wird, bedingt  
7 vielseitige Probleme. Vor allem im jungen Alter, wo wichtige Bausteine unserer  
8 psychischen Stabilität gelegt werden, sollte ein Fokus auf mentale Gesundheit  
9 gelegt werden, besonders im Zusammenhang mit Faktoren wie Selbstidentität,  
10 sexueller Orientierung und Diskriminierungsformen wie Rassismus und Sexismus.  
11 Insbesondere queere Menschen und Menschen mit Diskriminierungserfahrungen  
12 erleben überdurchschnittlich häufig psychische oder mentale Erkrankungen. Eine  
13 Thematisierung im Unterricht kann helfen, Stigmata abzubauen und motivieren,  
14 sich Hilfe zu suchen. Dazu muss das Schulpersonal sowohl im Bereich mentale  
15 Gesundheit als auch übergreifend zu verschiedenen Diskriminierungsformen  
16 geschult sein bzw. fortgebildet werden. Auch braucht es Expert\*innen und  
17 Sozialpädagog\*innen an Schulen zusätzlich zu den üblichen  
18 Vertrauenslehrer\*innen, um Hürden abzubauen und Benotung von privaten Themen  
19 abzukoppeln. Für Bildung im Bereich mentale Gesundheit – von der Grundschule bis  
20 zum Abschluss!

21 Die GRÜNE JUGNED NRW fordert:

- 22 • Mentale Gesundheit als Lehrthema in den Lehrplan

- 23 • Fortbildungen zum Thema Mentale Gesundheit für Personal an der Schule
- 24 • Expert\*innen in den Schulen einstellen
- 25 • Sozialpädagog\*innen zusätzlich zu Vertrauenslehrer\*innen
- 26 • schon früh in der Grundschule die Stigmatisierung für das Reden über
- 27 Gefühle abbauen

## 28 **Studium und Ausbildung**

29 Der Studien- bzw. Ausbildungsweg im Bereich Psychotherapie ist lang und mit  
30 hohen Kosten verbunden. Durch die Einführung eines neuen Studiengangs ist die  
31 Abschlusszeit von 8 auf 5 Jahre verkürzt worden, nichtsdestotrotz sind die  
32 Studienplätze rar und die Ausbildung kostenintensiv. Um eine bedarfsgerechte  
33 Versorgung zu garantieren, müssen mehr Studien- und Ausbildungsplätze kostenfrei  
34 angeboten werden. Auch muss das Ausbildungsgehalt in Berufen im Umfeld  
35 psychologischer Betreuung wie z.B. Klinikpersonal deutlich erhöht und die  
36 Arbeitsbedingungen verbessert werden!

37 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 38 • mehr Studien- und Ausbildungsplätze im Bereich psychische Gesundheit
- 39 • ein deutlich höheres Ausbildungsgehalt
- 40 • das Arbeitspensum in Ausbildung und Studium reduzieren

## 41 **Strukturelle Versorgung**

42 Die Möglichkeit, sich Hilfe bei psychischen Problemen zu holen, muss für alle  
43 bestehen. Aktuell sind Wartezeiten von bis zu 9 Monaten auf eine ambulante  
44 Therapie normal. Das muss sich auf jeden Fall ändern! Einen Therapieplatz zu  
45 finden, muss niedrigschwellig und zeitnah möglich sein, denn oft ist sofortige  
46 Hilfe gebraucht. Die derzeitige Menge an Kassensitzen, welche allen Nutzer\*innen  
47 gesetzlicher Krankenkassen zusteht, ist viel zu gering und muss endlich  
48 bedarfsgerecht und nicht mehr ökonomisch berechnet werden. Auch braucht es eine  
49 bessere Ausstattung und wesentlich bessere Arbeitsbedingungen für Klinikpersonal  
50 und psychische Einrichtungen, um mentale Gesundheit für alle verwirklichen zu  
51 können. Schließlich sollte nicht bei der mentalen Gesundheit der einen die  
52 Gesundheit der anderen aufs Spiel gesetzt werden. Um eine flächendeckende

53 Versorgung möglich zu machen, braucht es zudem eine Vielzahl an öffentlichen  
54 Anlaufstellen bei Beeinträchtigung der mentalen Gesundheit, nicht nur an  
55 Bildungseinrichtungen, sondern auch am Arbeitsplatz. So kann einer Überlastung  
56 der ambulanten und stationären Therapie vorgebeugt werden.

57 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 58 • maximal 4 Wochen Wartezeit für ambulante Therapie
- 59 • ein bedarfsorientiertes Angebot von Kassenplätzen
- 60 • bessere Ausstattung und Arbeitsbedingungen für Personal in Kliniken und  
61 Praxe
- 62 • mehr öffentliche Anlaufstellen für Menschen mit Beeinträchtigung der  
63 Mentalen Gesundheit, damit vorzeitige Diagnosen oder falsche Diagnosen für  
64 eine Behandlung überflüssig werden

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.